

## **Presseinformation**

201/10

Kiel, 7. Juli 2010

### **Ranka Prante zu wohnortnaher Geburtshilfe: „ Sozialminister muss Verantwortung übernehmen!“**

**Kiel.** DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag fordert einen unabhängig verwalteten, gemeinsamen Haftungsfonds für alle Heilberufe, der das Risiko von Behandlungsfehlern auffängt. Hintergrund ist die Erhöhung der Berufspflichtversicherung der Hebammen auf ca. 4.000 Euro jährlich bei einem monatlichen Durchschnittseinkommen von ca. 1.200 Euro für freiberufliche in Vollzeit arbeitende Geburtshelferinnen.

„Wir kämpfen in Deutschland mit Geburtenarmut, die unsere Gesellschaft vor gravierende Probleme im Bildungswesen, Pflegebereich bis hin zur Rentenversicherung stellt. In dieser Zeit, in der die Alterspyramide sich dramatisch verschiebt, den Berufsstand der freiberuflichen Hebammen keine Unterstützung zukommen zu lassen, damit den Bestand eines ganzen Berufsstandes zu gefährden und schon den ersten Schritt ins Leben zu erschweren, ist eine denkbar schlechte Idee“, so Ranka Prante, frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. „Die exorbitante Erhöhung der Berufspflichtversicherung ist für freiberufliche Hebammen nicht tragbar. Der Sozialminister trägt an dieser Stelle die Verantwortung für einen gesamten Berufsstand.“

Eine Petition der Hebammen hatte innerhalb der Mitzeichnungsfrist von drei Wochen über 83.000 Mitzeichnungen im Internet und weitere schriftlich eingesandte tausende Unterschriften erreicht.